

der sozialdemokratischen Bewegung. Nicht ganz überzeugen kann allerdings der Verfasser mit seiner Hauptthese, mit der er sich bewußt von einigen früheren Historiographen der württembergischen SPD, z. B. Wolfgang Schmierer, absetzen will, daß in Württemberg in diesen Auseinandersetzungen klar die radikale Richtung, die er zudem noch als »marxistisch« bezeichnet, die Oberhand gewinnen konnte. Das mag vielleicht für einen Teil des Funktionärskörpers stimmen. Stringente Aussagen für die Parteibasis scheinen mir jedoch auf der Grundlage der von Rieber herangezogenen Quellen kaum möglich.

Dieser kritische Einwand vermag jedoch den insgesamt positiven Eindruck der Dissertation, in der erstmals die Entwicklung der württembergischen Arbeiterbewegung in der Zeit von 1878 bis 1890 aufgearbeitet wird, nur geringfügig zu schmälern. Von großem Wert sind auch die im Anhang abgedruckten Tabellen und Verzeichnisse (Wahlergebnisse, Gründung von Fachvereinen usw.), insbesondere die Kurzbiographien von etwa 70 Funktionären der württembergischen Sozialdemokratie (S. 821–835).

*Willy Albrecht, Bonn*

Hans-Joachim Franzen, Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1914, 2 Bde. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe III: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 321), Verlag Peter Lang, Frankfurt/Bern/New York/Paris 1987, 721 S., brosch., SFr. 100,-.

Die badische Sozialdemokratie spielte vor 1914 wegen ihrer geringen Stärke in der deutschen Sozialdemokratie keine entscheidende Rolle. Aufgrund der von 1905–1914 andauernden parlamentarischen Zusammenarbeit mit den National- und Linksliberalen, der zweimaligen Zustimmung zum badischen Staatshaushalt (1908 und 1910) und einer auf parlamentarischer Mitarbeit beruhenden Reformstrategie erregten die Vorgänge in Baden jedoch weit über die Landesgrenzen hinaus Aufsehen.

Gegenstand der aus einer Göttinger Dissertation von 1983 hervorgegangenen Arbeit von Franzen »ist die in der badischen Sozialdemokratie, in der Regionalorganisation wie den einzelnen lokalen Vereinen geführte Diskussion über die Zielsetzungen sozialdemokratischer Politik und über den Weg, auf welchem diese Ziele zu erreichen wären.« (S. 9)

Ausgehend von den schwierigen organisatorischen Problemen und der damit verbundenen weitgehenden Abstinenz bei Strategiediskussionen nach dem Ende des Sozialistengesetzes 1890 und den Anfängen einer breiteren Programmdiskussion in den Jahren bis 1908, legt Franzen das Schwergewicht seiner Darstellung auf die Zeit 1908–1914, die knapp zwei Drittel des Textes umfaßt. Wichtigste Quelle der Arbeit ist der »Volksfreund«, das in Karlsruhe erscheinende Landesorgan der badischen Sozialdemokratie. Dazu kommen noch die übrigen SPD-Zeitungen des Landes und, an ungedruckten Quellen, vor allem der Nachlaß von Adolf Geck, einem entschiedenen Gegner der badischen Parteiführung unter Wilhelm Kolb. Die innerparteiliche Diskussion in Baden kann Franzen mit Hilfe der zahl- und umfangreichen Versammlungsberichte, anhand von Leitartikeln und Leserbriefen in der Parteipresse sehr detailliert nachzeichnen. Deutlich wird vor allem auch der breite Rückhalt, den die Reformstrategie der badischen Parteiführung anfänglich bei den Parteimitgliedern fand, obwohl sie von der Reichs-SPD mehrheitlich abgelehnt wurde. Allerdings nahm diese Unterstützung in Baden nach Rückschlägen bei der Reichstagswahl 1912 und der Landtagswahl 1913 ab. Eine innerparteiliche Opposition bildete sich. Im Sommer 1914 geriet die Reformstrategie aufgrund der faktischen Aufkündigung des Großblockbündnisses durch die Nationalliberalen in eine Sackgasse. Zu einer Neu- bzw. Umorientierung der badischen Sozialdemokratie konnte es vor Kriegsausbruch natürlich nicht mehr kommen.

Trotz des spannenden Themas und der z. T. interessanten Ergebnisse läßt die Arbeit einige

Wünsche offen. Die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung Badens zwischen 1890 und 1914 z. B. bleibt weitgehend unerwähnt, obwohl sie den Hintergrund für die innerparteilichen Debatten bildete. Ebenso kommen die konkrete Zusammenarbeit mit den Liberalen im Großblock (Parlament) und die Gründe für dessen Scheitern 1914 viel zu kurz. Relativ isoliert bleibt die Darstellung auch, weil die zeitlich parallel und in ähnlicher Richtung verlaufenden Strategiediskussionen in der bayerischen und württembergischen Sozialdemokratie nur sporadisch erwähnt werden.

Eine Zumutung für den Leser stellen die über 400 (!) Seiten Anmerkungen dar (bei ca. 270 Seiten Text). Einzelne Anmerkungen ziehen sich über mehrere Seiten. Nicht immer ist einsichtig, nach welchen Kriterien das eine Zitat und der eine Kommentar im Text und andere in den Anmerkungen zu finden sind. Trotz des umfangreichen Anmerkungsapparates fehlen nicht selten notwendige Zusatzinformationen zum Text, z. B. S. 210 die Ausschlußgründe von Hildebrand auf dem Chemnitzer Parteitag.

Zusätzliche Ärgernisse sind die zahlreichen Druckfehler und der schwer lesbare Stil (z. B. S. 104: »Zudem würde eine solche Analyse von der unrealen Annahme einer unbefleckten Bewußtseinslage der rezipierenden Mitgliedschaft und ihrer a priori Hilflosigkeit gegenüber determinierenden Einflüssen, sei es durch einen Referenten oder die Parteipresse ausgehen – was einen fragwürdigen Ansatz nicht nur angesichts der Differenziertheit bedeuten würde, mit der die badischen Parteimitglieder ihre Argumentation führten.«).

Am Ende überwiegt ein zwiespältiger Eindruck. Die innerparteiliche Diskussion in Baden wird detailliert geschildert, aber sie bleibt isoliert sowohl von der allgemeinen Entwicklung im Land als auch von den Entwicklungen in den sozialdemokratischen Parteien der übrigen süddeutschen Länder.

*Thomas Schnabel, Stuttgart*

Christiane Eisenberg, Deutsche und englische Gewerkschaften. Entstehung und Entwicklung bis 1878 im Vergleich (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 72), Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1986, 391 S., kart., 75 DM.

Vielen deutschen, insbesondere liberalen, Zeitgenossen galt in der Mitte des 19. Jahrhunderts die englische Entwicklung nicht nur in politischer Hinsicht als erstrebenswert, sondern auch in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher. Die frühe Verwirklichung marktwirtschaftlicher Prinzipien in England erschien ihnen als Voraussetzung und Garant wirtschaftlichen Wachstums, an dem auch die »arbeitenden Klassen« dank kollektiver Interessenvertretung teilhaben konnten. Dieses Konzept wurde in der Jahrhundertmitte von Linksliberalen wie Schulze-Delitzsch, Max Hirsch und Lujo Brentano vertreten. Wie stark diese dabei die nationale Eigenart des englischen Gewerkschaftssystems unter- und somit seine Übertragbarkeit auf deutsche Verhältnisse überschätzten, zeigt nun die Bielefelder Dissertation Christiane Eisenbergs, die die englische und deutsche Gewerkschaftsentstehung und -entwicklung bis 1878 (Sozialistengesetz) vergleichend darstellt. Dabei ergeben sich, bedingt durch die jeweiligen politischen Rahmenbedingungen, mehr Unterschiede als Gemeinsamkeiten. Von grundlegender Bedeutung für die relativ späte Entstehung von deutschen Gewerkschaften bzw. Vorläuferorganisationen war dabei die Tatsache, daß Deutschland seinen Weg in die Moderne nicht in der Reihenfolge Englands – Nationalstaatsbildung, Industrialisierung, Bürokratisierung – vollzog, sondern in umgekehrter Richtung. Die Organisationsmöglichkeiten und Handlungsspielräume der neuen Arbeitsmarktparteien waren daher von vornherein begrenzt. Welche weiteren Hemmnisse sich in diesem Rahmen der Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland in den Weg stellten, zeigt Chr. Eisenberg in den ersten beiden Kapiteln ihrer Untersuchung (unter besonderer Berücksichtigung des Schneidergewerbes). Während in England kein deutlicher Statusunterschied zwischen Meistern und Gesellen be-